

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Ausschussmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide
Ausschussmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussvorsitzende Antje Johanna Kloster
Stellv. Ausschussvorsitzende Petra Stomberg

Mitglied FDP-Fraktion

Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Von der Verwaltung

Oliver Leinert	Stadtbaurat
Niksa Marušić	Fachbereichsleitung Umweltschutz und Bauordnung (63)
Michael Weiser	Fachbereichsleitung Feuerwehr (37)
André Lachmund	Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)
Dr. Juliane Köhler	Geschäftsführerin des UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer-Besucherzentrums

Protokollführer

Timm Harms Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)

Es fehlen entschuldigt

Ausschussmitglied Sebastian Seidel
Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 05.06.2019 (öffentlicher Teil)
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Wattenmeer Besucherzentrum – Umgestaltung der Ausstellung im EG und 1. OG **161/2019**
einschl. der Umbauten
- 4.2 Unterstützung der Kampagne „Stromsparcheck kommunal“ **171/2019**
- 4.3 Teilnahme der Stadt Wilhelmshaven an der Kampagne „Fair-Trade-Towns“ **170/2019**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Regelungen zu einem Einwegplastikverbot für Veranstaltungen im öffentlichen Raum

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Kloster eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.

Im Anschluss daran stellte **Frau Kloster** die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Dr. von Teichman fragte, warum die Punkte zur Biodiversität, zum Biosphärenreservat sowie zur Befragung der Wochenmarktbesucher nicht auf der Tagesordnung stehen würden. **Herr Marušić** erklärte, dass die Punkte Biodiversität und Biosphärenreservat für die reguläre Septembersitzung terminiert sein würden. Einen neuen Termin für die Vorstellung der Befragung der Wochenmarktbesucher konnte nicht nennen, er würde sich aber um eine Terminierung kümmern. Die Tagesordnung wurde daraufhin einstimmig genehmigt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 05.06.2019 (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 05.06.2019 wurde einstimmig genehmigt.

- 4 Vorlagen an den Rat

- 4.1 Wattenmeer Besucherzentrum – Umgestaltung der Ausstellung im EG und 1. OG einschl. der Umbauten **161/2019**

Frau Kloster las die Beschlussvorlage vor und übergab das Wort an **Herrn Leinert**. Dieser führte aus, dass der Betriebsausschuss GGS der Vorlage bereits einstimmig zugestimmt habe. Er bat Frau Dr. Köhler um Vorstellung des Projektes (siehe Anlage).

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass die FDP Fraktion der Vorlage voraussichtlich nicht zustimmen würde. Als Grund nannte er die Kosten für die Ausstellung, auch andere

Museen hätten seiner Ansicht nach Bedarf an finanziellen Mitteln. Ein weiterer Grund sei der zu große Bereich für die Walausstellung, obwohl der Wal kein natürlicher Bewohner des Wattenmeeres sei.

Hierzu erläuterte **Frau Dr. Köhler**, dass die Neugestaltung des Eingangsbereichs bereits 10 Jahre zurück liegen würde. Zudem würde das Thema Wattenmeer mit der Tierwelt im 2. Obergeschoss präsentiert. **Herr Leinert** führte ergänzend aus, dass es möglich sei, bis zu 90 Prozent der geplanten Baukosten als Förderung erstattet zu bekommen. Zudem sei er zuversichtlich, dass auch für die anderen Museen zukünftig mehr Fördermittel eingeworben werden könnten.

Herr M. Harms fragte, ob der Museumsshop erhalten bleiben würde. Dieses sei laut **Frau Dr. Köhler** der Fall.

Herr Heinemann, Frau Zaage, Herr von den Berg, Herr Dr. Preuß, Frau Heine und Frau Stomberg lobten die Ausführungen von Frau Dr. Köhler und signalisierten Zustimmung. Im Anschluss daran, ließ **Frau Kloster** über die Beschlussvorlage abstimmen. Das Ergebnis war eine einstimmige Zustimmung

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat stimmt der Erweiterung der Ausstellungserneuerung im UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum auf das Erdgeschoss und das 1. Obergeschoss vorbehaltlich einer vom Rat über einen Nachtragshaushalt zu beschließenden Investition in Höhe von bis zu 760.200,00 € zu.

Die für die Verlagerung der Walausstellung in das 1. Obergeschoss und die Verlagerung der Wechsausstellungsfläche in das Erdgeschoss erforderlichen Planungs- und Ausstellungskosten und die durch GGS durchzuführenden Umbauarbeiten belaufen sich auf ca. 1,05 Mio € und können zu 50 % (525.000 €) durch Zuschüsse von der N-Bank finanziert werden. Der Anteil, den der Fachbereich 63 übernimmt, beträgt 72,4 % und somit ca. 760.200,00 € (davon 380.100,00 € EU-Mittel). GGS trägt die restlichen 27,6 % und hat die Mittel bereits im Wirtschaftsplan veranschlagt. GGS beauftragt aus den bereits bewilligten Mitteln die zum jetzigen Zeitpunkt notwendigen Planungsschritte des 3. Projektteils (vorzeitiger Maßnahmenbeginn). Auch für diesen 3. Projektteil werden EU-Kofinanzierungszuweisungen des Landes Niedersachsen beantragt. Es wird versucht, eine Gesamtförderung in Höhe von bis 90 % zu erreichen.

4.2 Unterstützung der Kampagne „Stromsparcheck kommunal“

171/2019

Frau Kloster las die Beschlussvorlage vor und übergab das Wort an Herrn Lachmund. Dieser stellte die Beschlussvorlage vor (siehe Anlage) und bat um Zustimmung.

Herr Stoermer lobte das Projekt und signalisierte Zustimmung seiner Fraktion, **Herr von den Berg** lobte die sozialen Gesichtspunkte. Zudem fragte er, ob es bereits Verbindungen

zu den örtlichen Stromanbietern geben würde. Hierzu erklärte **Herr Lachmund**, dass die GEW das Projekt fördern würde und es angedacht sei, in einzelnen Haushalten zu werben. **Frau Stomberg** schloss sich den Vorrednern an und fragte, wo die Kundendaten der betroffenen Bürger herkommen würden. Laut **Herrn Lachmund** würden seitens des Jobcenters keine persönlichen Daten übermittelt. Auch **Herr Heinemann** lobte die Kampagne und schlug vor, dass diese auch auf die städtischen Sportanlagen ausgeweitet werden könnte.

Diesem Vorschlag stand **Herr Lachmund** offen gegenüber.

Herr Dr. von Teichmann führte aus, dass das Projekt keinen Sinn machen würde. Alleine die Kosten seien zu hoch, zudem würden die GEW sowie Energieberater seit Jahren Beratungen zum Energiesparen im Stadtgebiet anbieten.

In der anschließenden Abstimmung stimmte der Ausschuss der Vorlage einstimmig zu.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die Kampagne „Stromsparcheck kommunal“ aus dem Budget des Klimaschutzmanagers mit jährlich 4.500 Euro für die nächsten zwei Jahre zu unterstützen.

4.3 Teilnahme der Stadt Wilhelmshaven an der Kampagne „Fair-Trade-Towns“ **170/2019**

Frau Kloster las den Beschlussvorschlag vor und übergab das Wort an Herrn Lachmund. Dieser erläuterte kurz die Beschlussvorlage und bat um Zustimmung.

Herr Dr. von Teichmann lehnte die Teilnahme der Stadt an der Kampagne ab, da nach seiner Aussage keine verlässliche Quelle geben würde, die einen Fairen Handel auf der Welt bestätigen würde. Dieser Aussage widersprach **Herr von den Berg** energisch. Er unterstrich die Bedeutung des Fairen Handels, gerade im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen der Arbeiter, z.B. auf Teeplantagen.

Im Anschluss daran, ließ **Frau Kloster** über die Beschlussvorlage abstimmen. Das Ergebnis war eine einstimmige Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, an der Kampagne „Fairtrade-Towns“ teilzunehmen und die Auszeichnung als Fairtrade-Town anzustreben. Hierzu sollen die fünf Kriterien der Fairtrade-Towns-Kampagne erfüllt werden. Bei allen Sitzungen des Rates und der Ausschüsse sowie im Büro der/des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin werden Fairtrade-Kaffee und ein weiteres Produkt aus fairem Handel angeboten.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Regelungen zu einem Einwegplastikverbot für Veranstaltungen im öffentlichen Raum

Herr Marušić erläuterte, dass mit der neuen „Einweg-Kunststoff-Richtlinie 2019/904/EU“, die bis zum 03.07.2021 in deutsches Recht umzusetzen sei, eine wesentliche Regelung im Verpackungsgesetz als Rechtsgrundlage geschaffen werden würde. Die weitreichenden Folgen aus der Umsetzung der Einweg-Kunststoff-Richtlinie 2019/904/EU würden über ein

zu erarbeitendes Konzept deutlich hinausgehen.

Laut **Herrn Marušić** könnte zum jetzigen Zeitpunkt bereits bei städtischen Veranstaltungen vertraglich ein Verbot von Einweggeschirr vereinbart werden, sollte von einem „Konzept zur Reduzierung von Plastikabfällen für Veranstaltungen im öffentlichen Raum“ zunächst abgesehen werden. Eine satzungsrechtliche Regelung würde nach Umsetzung der EU-Richtlinie erfolgen.

Herr Dr. Preuß und **Herr M. Harms** signalisierten Unterstützung für den Vorschlag.

Herr Dr. von Teichmann forderte, dass die Verwaltung die EU Richtlinie sofort umsetzen solle und nicht erst auf die Umsetzung der EU-Richtlinie in deutsches Recht warte.

Hierzu schlug **Herr Leinert** vor, eine Vorlage der Verwaltung zum nächsten Umweltausschuss im September zu erstellen.

Herr Dr. von Teichman erfragte den Sachstand zum European Energy Award. Hierzu erklärte **Herr Lachmund**, dass die Verleihung im Rahmen einer Feierstunde aufgrund von Terminschwierigkeiten auf den 28.08.2019 verschoben wurde. Eine gesonderte Einladung sei bereits erfolgt.

Frau Heide fragte, ob eine Lärmaktionsplanung für die kommunalen Straßen geplant sei. Dieses sei laut **Herrn Marušić** nicht geplant, da eine gesetzliche Verpflichtung für die Lärmaktionsplanung nur für Bundesstraßen und Autobahnen bestehen würde.

Herr von den Berg berichtete von einer an ihn gerichteten Bürgeranfrage aus der Kopperhörner Straße. Hier sei von einer Wilhelmshavener Baugesellschaft geplant, Bäume zu fällen. Diese Baumreihe sei aus seiner Sicht besonders schützenswert. Allerdings sei es laut **Herrn von den Berg** durchaus möglich, bei einer Umgestaltung des Grundstückes, die ökologische Bilanz zu verbessern. Er bat darum, zukünftig über solche Vorhaben im Ausschuss zu berichten. Laut **Herrn Marušić** läge der Unteren Naturschutzbehörde noch kein Antrag auf Fällung von Bäumen in der Kopperhörner Straße vor. Er unterstrich, dass das Fällen von Bäumen nur nach den Richtlinien der Baumschutzsatzung möglich sei. Falls eine Gefahr vorliegen würde, in diesem Fall evtl. durch den Wegfall der Standsicherheit, sei eine Fällung allerdings unausweichlich. Dieses würde allerdings durch die Untere Naturschutzbehörde geprüft. Das Ergebnis dieser Prüfung der Bäume an der Kopperhörner Straße könne laut **Herrn Marušić** im Ausschuss vorgestellt werden. Diesem Vorschlag stimmten alle anwesenden Ausschussmitglieder zu.

Weiterhin fragte **Herr von den Berg**, ob es möglich sei, die Dächer der Bushäuschen im Stadtgebiet zu begrünen. **Herr Marušić** verwies die Anfrage zuständigkeitshalber auf den jeweiligen Fachausschuss bzw. die Gesellschaftervertretung.

Letztendlich sprach **Herr von den Berg** Herrn Weiser, stellvertretend für alle ehrenamtlichen Helfer, die beim Großbrand bei Alba im Einsatz waren, den Dank der Gruppe GUS aus. **Frau Heide** ergänzte, dass der Dank von allen Ratsmitgliedern kommen würde. **Herr Weiser** bedankte sich und berichtete, dass der gesamte Einsatz reibungslos verlaufen sei, sich aber fünf Feuerwehrleute bei dem Einsatz verletzt hätten. **Herr Dr. von Teichman** regte im Nachgang noch eine Erhöhung der Besoldungsstufen für die Feuerwehrangehörigen an.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:55 Uhr

Leinert
Stadtbaurat

Kloster
Vorsitzende

T. Harms
Protokollführer